

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postung ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,00 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postwertliste für 1919 eingetragen.

Inserate haben die nachstehende Tarifskala oder deren Stamm 80 Pf. „Minimalsätze“ das tatsächliche Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Erwerbungsbeitrag 50 % Preis Familien- und Vereinstatungen 1/2 des Zuschlags. Insetate für den demnächst folgenden Tag müssen spätestens die 5 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Vertreter: Kurt Roden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bedrängte Lage der Ungarn.

Der Vormarsch der Rumänen.

(Privattelegramm der Freiheit)

Budapest, 2. Mai

Die Rumänen haben am 1. Mai den Soinotter Rückenlopf genommen und die Rhein überschritten. Bei Kispalgar setzten schwächere rumänische Kräfte über die Rheinlinie bei Saisogenpeter stehenden schwächeren Kräfte gegen die infolge der beiderseitigen Umgehungsbebewegungen der Tischehen zurück. Rückzug wurde geräumt, die Truppen haben südlich davon in Ausnahmestellungen. Vor den bei Bantseue nachrückenden tschechischen Kräften sind unsere Truppen im Rückzug begriffen. An den übrigen Fronten keine wesentliche Veränderung. Die Hauptursache der militärischen Schlappe ist die Disziplinlosigkeit eines großen Teiles der rumänischen Kräfte.

Friedensvertrag mit Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Mai (Verspätet eingetroffen).

Die Deutschösterreichische Staatsregierung teilt mit: Der Völkerrat der alliierten und assoziierten Mächte beschloß, die österreichischen Delegierten einzuladen, sich mit dem Völkerrat versehen Montag, den 12. Mai, abends in Saint Germain-Laye einzufinden, um die Friedensbedingungen mit den alliierten und assoziierten Mächten zu prüfen.

Rotterdam, 3. Mai

Der Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London, daß man dort erwartet, daß die Friedensverträge mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei etwa vierzehn Tage nach Friedensschluss mit Deutschland zur Unterzeichnung bereit sein werden.

Rotterdam, 3. Mai

Der Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London, daß Präsident Wilson Orlando einen neuen Vorschlag bezüglich Rumens gemacht habe, der im großen ganzen mit dem britisch-französischen Vorschlag übereinstimme.

Die belgischen Ansprüche.

Amsterdam, 3. Mai.

Einer Cobad-Mentermeldung aus Brüssel zufolge schreibt das Blatt „Cinqieme Siecle“ daß der Rat der Drei die Aufgabe der Kantone Malmelo und Eupen an Belgien von einem Referendum abhängig gemacht habe. Bezüglich der Schiedsfrage hatten die Mächte Belgien ihre Unterstützung bei den Verhandlungen die es mit den Niederlanden führen müßte, versagt, damit Belgien günstige Bedingungen für seine Schiedsgerichtsbarkeit und das Durchzugsrecht seiner nach dem Rhein fahrenden Transporte auf der Raas erhält. — Es gehe das Gerücht, daß die Mächte Belgien seine Kriegsschuld, die mehr als sechs Milliarden beträgt, erlassen wollten.

Eine Volksschaft von Carranza.

Mexico, 1. Mai. (Neuter.)

In der Volksschaft, die Carranza bei der Eröffnung der außerordentlichen Sitzung des Kongresses verabschiedete er das Petroleumgesetz, durch das Artikel 27 der Verfassung erweitert wird, so daß die Quelle des nationalen Reichtums nach dem Gesetz der Gerechtigkeit konsolidiert, Sonderprivilegien beseitigt und Mexikaner und Ausländer auf die gleiche Stufe gestellt werden.

Neue Steuerpläne.

Wie die „Tägliche Rundschau“ zu berichten weiß, soll der Bundesrat einer wesentlich höheren steuerlichen Belastung unterworfen werden. Die bisherige Steuer von 14 M. für einen Zentner Zucker soll auf 20 M. erhöht werden. Auf den Pfund Zucker würden damit an Steuer 15 Pf. entfallen, d. h. fast soviel wie der Kaufpreis in Friedenszeiten betrug. Das Reichsfinanzamt rechnet mit einer Reinertragsnahme von 160 Mill. M. wobei zu beachten ist, daß bei dem Steuerfuß von 14 M. im Rechnungsjahre 1912/13 bereits über 181 Mill. M. vereinnahmt worden sind gegen 156,6 Mill. M. im Vorjahre. Erweisen sich die Voraussetzungen des Reichsfinanzamtes als zutreffend, so müß-

den wir mit einem Gesamtbetrag der Zuckersteuer — der Zuckergoll kommt nicht wesentlich in Betracht — von 360 Mill. M. rechnen können.

Außerdem soll geplant sein, die Lustbarkeitssteuer, die bisher nur von den Gemeinden erhoben worden ist, als Reichsteuer auszubauen. Die Vorlage soll Zuschläge vorsehen, die bei einem Eintrittspreis von 1 M.: 10 Pf., bei 2 M.: 40 Pf. und bei 3—5 M.: 2 M. betragen. Die Vergnügungen der Klasse der Bevölkerung, die nicht nur dem Vergnügen, sondern auch der Erholung dienen, sollen also versteuert werden, dagegen weiß man noch nicht, ob und wie man den Spielclubs beizuliegen soll, die kein Eintrittsgeld erheben, sich dafür aber um so unerschämter an den Spielgewinnen beteiligen.

Es sieht die Danburgsche Finanzreform aus!

Die Folge eines Kostestrikes.

Gegen die Zusammenziehung von Wägen Garden in Jena hatte sich die dortige Arbeiterschaft einmütig erhoben. Als auf ihrem Protest keine eine nichttragende Antwort kam, wurde der Generallstreik proklamiert. Daraufhin erfolgte der Abtransport der Truppen, so daß die Arbeiter am Mittwoch den Streik wieder abbrachen. Die Einigkeit der Arbeiter soll aber bestehen bleiben. Die bürgerliche Presse muß folgendes mitteilen:

„Der eigentliche Zweck des heutigen Streiks: die Vereinnahmung der belien sozialistischen Partigruppen Jena unter Führung der Unabhängigen, ist erreicht. Der erzwungene Abzug der Regierungstruppen aus Jena hat das Vertrauen der Führer in der breiten Masse jedenfalls gestiftet, und das wird ihnen Mut für die kühnsten Forderungen geben. Von heute an ist jedenfalls die rote Fahne in Jena wieder Trumpf. Vorläufig tragen die verbrüderten Sozialdemokraten das Unabhängigkeits Vereinnahmung sozialistische Partei. Am 1. Mai soll dieses Gebilde aus der Kasse gehoben werden.“

Wie in Stettin, wie in Braunschweig, wie in Magdeburg, wie überall, wohin die Postgarden gekommen sind, ist die Klasse der Arbeiterschaft ausgerüstet und zur Erkenntnis der Gefahren gebracht worden, die ihr von der Politik dieser Regierung drohen.

Hinausschiebung der Rätewahlen.

Berlin, 2. Mai.

Der Zentralrat teilt mit: Der Zentralrat hat durch einstimmigen Beschluß des zweiten Rätekongresses den Auftrag erhalten, ein Wahlreglement für die Wahlen von Arbeiter- und Bauernräten Deutschlands auszuarbeiten. Der Zentralrat ist mit dieser Aufgabe beschäftigt. Inzwischen sind so vielgestaltige Vorarbeiten für ein Wahlrecht, das zunächst allen Bedürfnissen gerecht werden soll, notwendig, daß die Fertigstellung des Wahlreglements geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Es soll jedoch mit größter Beschleunigung daran gearbeitet werden. Daher ersucht der Zentralrat, alle Rätewahlen vorläufig hinauszuschieben, damit die Möglichkeit geschaffen wird, später nach möglichst einheitlichen Gesichtspunkten für die ganze Republik Wahlen vorzunehmen.

Die Malfeler in Paris.

Versailles, 2. Mai.

Die Pariser Abendblätter teilen eine Bekanntmachung der Polizeipräktur mit, wonach die gestern zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgebogene Truppe keine Patronen und die Polizei keine Revolver besessen habe. Demnach seien alle Schußverwundungen nicht auf die Truppe oder die Polizei zurückzuführen.

Berwundet sind, wie die Blätter weiter melden, 429 Polizeibeamte, davon 100 schwer. Die meisten verhafteten Manifestanten sollen Ausländer sein.

Erdbeben in San Salvador.

New York, 2. Mai. (Neuter.)

Aus San Salvador wird berichtet, daß bei dem Erdbeben am 28. April 75 Personen getötet und über 500 verletzt wurden. Die Stadt und die umliegenden Orte wurden schwer beschädigt.

Die Finanzzerrüttung.

Der neue Finanzminister, der ehemalige Bankdirektor und Kolonialminister Dernburg, hielt gestern in der Berliner Handelskammer eine längere Rede über die Finanzlage. Natürlich ging Herr Dernburg vollständig darüber hinweg, daß der geradezu schauerhafte Zustand, in dem unsere Finanzen sich gegenwärtig befinden, zu einem großen Teil mit verschuldet ist durch die frevelhafte Untätigkeit der Regierung. Und was Herr Dernburg selbst ausführte, läßt durchaus nicht erkennen, daß mit ihm etwa neuer Geist ins Reichschahamt eingezogen wäre, was wir allerdings auch bei seiner Ernennung nicht erwartet haben.

Herr Dernburg bezifferte die Ausgaben aus Anlaß des Krieges mit 185 Milliarden Mark. Diese Schuld erfordert ohne Tilgung einen Jahresbetrag von 9248 Millionen Mark für ihre Verzinsung. Die Ausgaben für Pensionen schätzt Herr Dernburg auf 4 1/2 Milliarden Mark jährlich. Außerdem stellt Dernburg noch für die nächsten 12 Monate 1 1/2 Milliarden pro Monat für die Abwicklung des Krieges in Rechnung. Mit anderen Ausgaben zusammen kommt Dernburg zu einem jährlichen Reichsbedarf von 17 429 Millionen Mark. Dazu kommt noch der Bedarf im Staat und in den Kommunen, der mit 6 Milliarden an angenommen wird, so daß die deutschen Steuerzahler jährlich 23 Milliarden Mark aufzubringen haben, ohne die Summen, die an die Entente zu zahlen sein werden.

Es sind phantastische Biffern und es ist klar, daß diese Zerrüttung der gesamten Wirtschaft, die durch den nachwichtigen Krieg hervorgerufen ist, nur durch eine Neuorganisation der gesamten Volkswirtschaft auf sozialistischer Grundlage wieder gut gemacht werden kann. Wir sind einfach nicht mehr in der Lage, kapitalistische Renten und Profite aufzubringen. Der Zustand der Volkswirtschaft ist ein solcher, daß der ganze Arbeitsertrag der Gesamtheit gehören muß. Wir bedürfen zur Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft einer sozialistischen Neuorganisation, um als Volk nicht zu verelenden.

Herr Dernburg, der Kapitalist, der mit Zustimmung der Rechtssozialisten das wählteste Ministerium in der Hand hat, denkt natürlich gar nicht daran, dem Kapitalismus selbst etwas an Leide zu tun. Ueber die Frage, wie dieser unabwehrbare Bedarf zu decken ist, neigt er mit einigen Andeutungen hinweg. Er erzählt uns, daß bisher für etwa 7 Milliarden Steuerparlaren ausgearbeitet seien. Ueber die Deckung des jetzt erst erkennbaren Mehrbedarfs schweben Erwägungen.

Es ist ein starkes Stück, daß Herr Dernburg von dem „jetzt erst erkennbaren“ Mehrbedarf zu sprechen wagt, wo doch von jeder Klar sein mußte, daß dieser Bedarf ein ganz unabwehrbarer wäre. Ein starkes Stück auch, daß er jetzt, 6 Monate nach der Revolution, nur von schwebenden Erwägungen sprechen kann, während eine ganze Reihe neuer Steuern z. B. eine ankaufbare Erbschaftsteuer und die Besteuerung der Kriegsgewinne schon längst hätte in Kraft gesetzt sein müssen.

Diese Erwägungen scheinen sich ganz im alten Geiste zu bewegen, werden sich irgend einmal zu einem neuen Bündel von direkten und indirekten Steuern verhalten, den kapitalistischen Charakter der Volkswirtschaft aber natürlich unangetastet lassen. Denn wenn auch die absolute Notwendigkeit dazu zwingen wird, bei den großen Einkommen mit der Belastung nicht weit unter zwei Drittel des Einkommens zurückzubleiben, wie Herr Dernburg sagt, so ist das doch nichts weniger als sozialistische Wirtschaftspolitik, für die die Steuer nur das Mittel wäre, die großen Einkommen und Vermögen zum Verschwinden zu bringen, dafür aber den Ertrag der gesamten Volkswirtschaft der Gesamtheit zur Verfügung zu stellen.

Während so Herr Dernburg für die Einnahmen bei dem alten System bleibt, meint er auch die Ausgaben in alter Weise fortsetzen zu wollen. Es ist geradezu toll, daß Herr Dernburg ankündigt, daß wir auch in Zukunft ein Heer in der bisherigen Höhe behalten werden, für dessen Erhaltung er die Kleinigkeit von zwei Milliarden jährlich veranklagt. Um der Entente die Aufrechterhaltung des Militarismus planlos zu machen, rühmt er die deutsche Wehrmacht als „die einzige Brandwache, die das ganze Europa gegen die ger-

Donnerstag der rechtssozialistischen Minister dreißig die Aufrechterhaltung des deutschen Militarismus als „ein besonders wichtiges Interesse auch für unsere Feinde.“ Es ist „eine Versicherungsgarantie auch für sie, die sie uns in irgend einer Form rückvergüten“ müssen. Auf der Grundlage des Kampfes gegen den Bolschewismus sucht Herr Dernburg die Solidarität der deutschen, sozialistischen Regierung mit dem Entente-Kapitalismus zu begründen, um so die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus, dessen die Regierung bedarf, um die unruhigen und unausgeklärten Zeiten den Volkswillen durchzusetzen, zu erreichen.

Diese politischen Ausführungen bilden eine erwünschte Klarstellung zu dem kapitalistisch-reaktionären Charakter des Finanzprogramms der Regierung. In allen Einzelheiten wie in der Gesamtpolitik bricht immer wieder der grundreaktionäre Charakter dieser Politik durch, für die die rechtssozialistischen Führer die Verantwortung und die Schuld tragen.

Neue Vertagung der Nationalversammlung.

Im Friedensausgang der Nationalversammlung, der in Berlin tagt, wurde am Freitag darüber gesprochen, wann die Nationalversammlung ihre Sitzungen wieder beginnen und ob sie nach Berlin verlegt werden sollte. Gen. Dr. Cohn forderte nachdrücklich die Vertagung nach Berlin. Der Zentralrat würde sich über die Meinung des Herrenhauses nicht mit derselben Energie widersetzen, wie die Regierungstruppen der Räumung des Reichstages. Auf dem Verhandlungswege sei mit ihm eine Verständigung zu erzielen. Auch die Frage der Wohnungen für die Abgeordneten sei nicht unlösbar. Der Verlagerungszustand könne ja auch einmal für diesen Zweck in Anspruch genommen werden. Schließlich könnten auch die Abgeordneten zur Zeit in den Offizierswohnungen des Reichstages untergebracht werden. Auch die Frage der Verpflegung sei bei gutem Willen nicht unlösbar. Scheinart Jungheim, der Minister beim Reichstag, berichtete in der weiteren Debatte, daß er sich vergeblich bemüht habe, in Berlin ein Tagungsdiplom für die Nationalversammlung zu finden. Sowohl im Herrenhaus, wie in der Technischen Hochschule und Konserthalle und in der Hochschule für Musik hätten sich Schwierigkeiten herausgestellt. Er wolle aber seine Bemühungen fortsetzen. Herr Scheidemann, der Reichstag in Vertretung war, da es sich immer deutlicher herausstellte, welche Dummheit die Regierung mit der Vertagung der Nationalversammlung nach Weimar begangen hat, behauptete, daß jetzt nur noch die Wohnung- und die Ernährungsfrage gelöst werden müßten; die anderen Gründe können nicht mehr in Betracht. Die Nationalversammlung müsse unbedingt nach Berlin verlegt werden. Der Präsident Behrenbach schlug schließlich vor, für die nächste Sitzung des Friedensauschusses keinen bestimmten Termin festzusetzen, die Mitglieder sollten sich jederzeit zur Verfügung halten. Die Sitzung des Reichstages, die für Dienstag angekündigt war, fällt aus.

In der Sitzung unterhielt man sich außerdem noch über eine Note, die Herr Engelbrecht an Ratschall nach wegen einer angeblich drohenden Angriffsgefahr durch die Polen gerichtet hat. Engelbrecht führte zur Entschuldigung eine Rede an, die der polnische General Haller auf deutschem Boden gehalten und lehrbuchmäßig gewirkt habe. Außerdem sollen die militärischen Stellen Nachrichten zugegangen sein, wonach die Polen besonders in Oberschlesien einen Angriff gegen die deutsche Grenze planten. Gen. Dr. Cohn erklärte demgegenüber in der Debatte, daß es sich bei diesen Nachrichten um Liebeserzählungen handele; sie seien darauf zurückzuführen, daß Teile der Division Haller nach Demberg umgruppiert worden seien.

Lieferung von Kartoffeln.

Durch Vermittlung der amerikanischen Lebensmittellieferungskommission ist zwischen den Reichsbehörden und den Polen ein Lieferungsvertrag abgeschlossen worden, in dem sich die polnische Regierung verpflichtet, Deutschland sofort 50 000 Tonnen Speisekartoffeln zu liefern. Für die Beförderung einer polnischen Kartoffellieferung nach Tschechoslowakei auf deutschen Strecken erhält Deutschland als Gegenleistung weitere 5000 Tonnen Kartoffeln. Die Polen erhalten als Gegenleistung Kohlen.

Einen noch günstigeren Lieferungsvertrag hätten wir auch ohne Vermittlung der Entente bereits im Dezember und Januar

abschließen können. Aber damals versagte man sich diese Möglichkeit durch die unzulängliche militärische Politik, trotzdem die maßgebenden Stellen mußten, daß Deutschland ohne seine Kartoffellieferung Polen mit seinen Kartoffelreserven nicht bis zur nächsten Ernte ausreichen würde.

Von der Pressefreiheit.

Das neueste Verbot der „Republik“ wird von der bürgerlichen Presse kommentarlos wiedergegeben. Dagegen schreibt die demokratische „Freie Zeitung“:

„Die Begründung ist wenig schlüssig. Das Dementi der Regierung konnte unmöglich als ausreichend gelten, denn die Regierung hat nicht die Möglichkeit, die Pläne eines jeden einzelnen Mitgliedes ihrer Weisheit zu kontrollieren und festzustellen. Das Stettiner Beispiel zeigt, daß Dinge, wie die „Freiheit“ sie stiehlt, durchaus möglich sind. Unter diesen Umständen kann die Begründung nicht genügen. Will die Regierung denn ewig mit der alten Methode der Zeitungsverbote fortfahren?“

Auch das rechtssozialistische Oppositionsblatt, die „Freie Zeitung“, schreibt:

„Ob ein Unrecht und eine Unflugheit wohl dadurch besser wird, daß man sie zweimal macht? Nichts vergessen und nicht lernen war schon eine bewährte Maxime des alten Regime.“

Und was sagt der „Vorwärts“? Nichts! Dagegen weist die „Deutsche Tageszeitung“ auf die Pressefreiheit zu verweisen, das sich unter den Augen rechtssozialistischer Führer abgelehnt hat:

„Seitern sind in Schwedrig ein Minister-Amtung statt, an dem auch der neue sozialdemokratische Oberpräsident, Herr Nörbis, und der Vizepräsident beim Regierungspräsidenten, Herr Adler, teilnahmen. Vor der Redaktion der „Schleswiger Nachrichten“ machte der Amtung halt und eine Anzahl von Dolmetschern drang in die Redaktion des Blattes ein, wo ein Redakteur, auf den man sich wegen eines von den Demonstranten unangenehm empfundenen Artikel-Artikels vertritt wurde. Nach dieser Behauptung sagte der Demonstrant seinen Weg fort.“

So sehen also die „Vorkämpfer der Pressefreiheit“ aus!

Polnisches und Soziales aus der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Wer es nicht glauben will, daß der Kapitalismus auf alle Demokratie pfeift wenn ihm dieselbe un bequem wird, der wird durch die Vorgänge in der Schweiz eines andern belehrt werden, sofern er einer Belehrung in dieser Beziehung zugänglich ist. Schon während des Krieges hat der Bundesrat seine außerordentlichen Vollmachten, noch mehr aber die Mittelstellen die ihnen übertragenen Gewalt, dazu mißbraucht, öffentliche Demonstrationen der Arbeiterklasse zu verhindern und das Versammlungswort einzuschränken. Die politische Polizei, diese Schandfleck für eine Demokratie, ist zur Zeit mehr als jemals befreit, die Arbeiterbewegung auszuwischen und über alle jene, die in derselben in mehr oder weniger hervorragender Weise tätig sind, ein wachsameres Auge zu halten. Das ist in besonderer Höhe seit dem Landesgeneralkongress im November letzten Jahres der Fall. Einen Hauptzweck gedachte man gegen das sogenannte Oltener Aktionskomitee zu führen. Wozu? Trotz des besten Willens war es nicht möglich, all diejenigen, denen man das angeblich hatte, hinter Schloß und Riegel zu stellen. Die Hauptländer sind allerdings bereitwillig worden, wozu ja die „Depeschenagentur“ beweislich berichtet hat. Was aber die „Depeschenagentur“ der H. nicht mitgeteilt hat, ist, daß der Novemberstreik durch den General Wille mit Absicht provoziert worden ist.

Das Militärgericht der 4. Division, welches über das genannte Aktionskomitee und eine Anzahl Partei- und Gewerkschafts-Führer zu urteilen hatte, verlangte auf den Antrag der Verteidigung vom Bundesrat die Anwesenheit des Generalhabe über die dem Bundesrat vorliegende Voruntersuchung zur Unterstützung der bürgerlichen Arbeiterklasse. Die Generalhabe versahen wurde aber verworfen, womit die Voraussetzung, der General habe das Militärverbot erlassen, um die Arbeiterklasse in dem Streik zu weihen, nicht nur nicht widerlegt, sondern geradezu erwiesen ist. Allerdings hätte man einen Streik von diesem Kurfange nicht erwartet und die Vorgeschichte war sehr her zu ihrem Schutze aufmarschiereten Waretruppen und

wandlung erhalten hat, setzte sich in den Zirkus und das Variete. Genau sind, selbst, auch diese von Stufe zu Stufe gegangen, aber noch immer hoffnungsvoller angesehen, als die sogenannten ersten Bühnen der Reichshauptstadt. Der Dichter Hermann Opp, der ja noch einmal sein Werk finden wird, hätte Recht, wenn er einmal sagt, daß die Erneuerung unserer Theaters nicht von den repräsentativen Bühnen kommen werde, sondern weit eher vom „Volk“. Er, der das Volk kennt und liebt, hätte nicht so sehr, wie das feierliche Loben des Gongs, eher der schmerzlichen Sammelvorstellung vor den schweigenden, zahllosen Tausenden in die Höhe rufen, und liebe nicht so sehr, wie die feierliche, ungelächelnde Freude im Variete voller Lebendigkeit, Gung und Musik. Lebt und den Zirkus und den Zirkusmarkt lieben. Wir lieben ihn ja alle, aber seien wir uns auch bewußt, daß wir in ihm Wortliches lieben, als es die etepete Theaterkultur ist.

Alles, was Kunst beivieft, hat das Spielertum in sein gerades Gegenteil verkehrt. Ist denn Kunst eine Sache trübstrahligen (fogendnat „tiefenigen“) Ernstes? Oder ist sie etwas Lebendiges? In der Kunst des Mittelalters gab es nur religiöse Stoffe. Aber jetzt auch im Museum diese Bilder an, ob sie nicht strahlen und funkeln in den erlesenen, blühenden Farbgeschmeiden. „Dunkles Mittelalter“ — ach! Was ist denn unsere Gegenwart? Schwärzer als die schwärzeste Nacht! Neben einem göttlichen Heiligenschein kommt ein Leinwand oder ein Eisenmann leinwandweg „aufgeläut“ vor. Und auch der meiste Todessehnsucht in den Streisungen des Maßstab Grünwald ist doch Glänzen und Brennen, frei von aller Trübsal.

Die bürgerliche philiströse Engherzigkeit, die nicht Ernst ist, sieht so her, daß zunächst alles Heitere und Unbedeutende als leuchtend, oberflächlich und flatterhaft abgekan wird. Und alle Hoffnung unserer künstlerischen Jugend geht dahin, daß wenigstens das Volk hiervon eine Ausnahme macht, daß das Volk lachen kann und heiter sein.

Im graphischen Kabinett, von J. W. Neumann, Auerbachsches Verlag, das jetzt fraglos Berlins wagemutigste Ausstellung bringt, zeigte der jüdische Eintritt für drei Tage einige junge Künstler ihrer Arbeiten. Ich garantiere, daß die bürgerliche Kritik, soweit sie sich überhaupt um diese Ausstellung kümmern wird, ein Dagegenwärtig antworten wird. Freiheit, Kunst, Arbeit wird sie getern und gewiß wird auch wieder das Wort vom „geringen Volksdienst“ fallen. Und warum wird es so sein? Weil hier Künstler ausstehen, die lachia sind.

der aufgefahrener Maschinengetriebe in eine tödliche Ungelegenheit. Das beweisen schon die weitgehenden Versprechungen, die während und in der ersten Zeit nach dem Streik gemacht wurden, deren Erfüllung aber auf sich warten ließ. Jetzt haben wieder Unterhandlungen stattgefunden zwischen Unternehmern und Gewerkschaften in der Schuh-, Textil- und Maschinenindustrie, deren Ergebnis die in naher Zeit zur Einführung gelangende, teilweise bereits eingeführte, Achtundvierzigstundenswoche ist.

Am 12. und 13. April beschäftigte sich auch der in Oltener gehaltenen Kongress des Schweizer Gewerkschaftsbundes mit der Einführung der Achtundvierzigstundenswoche. Nach langer Debatte gelangte eine Resolution zur Annahme, die der geforderte „wenn die Achtundvierzigstundenswoche nicht für eine nahe Zukunft angedacht wird, der Ausbruch des Gewerkschaftsbundes den gewerkschaftlichen Massenstreik vorzubereiten hat. In die im Juni tagende Bundesversammlung wird die Forderung gerichtet, diese Arbeitszeit in der Justifikation gesetzlich für alle Gewerbe — mit wenigen Ausnahmen — festzusetzen und in kurzer Zeit einzuführen. Gelangt die Achtundvierzigstundenswoche auf diese Weise nicht in nächster Zeit und nicht in genügender Umlage zur Einführung, so sind das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes, die Geschäftsleitung der Sozialpartei und das Oltener Aktionskomitee verpflichtet, einen zweiten Landesgeneralkongress vorzubereiten und im gegebenen Moment anzusetzen.“

Inzwischen rühmt sich das Bürgerium zur Abwehr. Es werden in den Städten Bürgerwehren, und auf dem Lande Bauerwehren gebildet, und man spricht in bürgerlichen Kreisen offen vom Bürgerkrieg. Es geht sich, daß die herrschende Klasse auch in der Schweiz aus der Vergangenheit nicht gelernt hat. Inzwischen nehmen die Organisationen der Sozialpartei und der Gewerkschaften einen Aufschwung, wie man sie nie erträumt hatte.

Nur mit der Beschränkung der Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche befahte sich der Gewerkschaftskongress auch mit der Delegation an die bevorstehende internationale Gewerkschaftskonferenz. Ein großer Teil der Delegierten wollte von einer Teilnahme an derselben nichts wissen, da man sich bei nicht vertritt. Mit Devisenmehrheit wurde jedoch beschlossen, sich auf dieser Konferenz betrieblig zu lassen.

Wohin beschloß der Kongress, an den Bundesrat das Verlangen zu stellen, allen Kriegsteilnehmern der Schweiz ihren Staat zu stellen, die schon vor dem Krieg in der Schweiz ihren Wohnsitz hatten, die Einreise zu gestatten, doch unter Vorbehalt getroffen werden, daß dieselben nicht zu unangenehmen Bedingungen arbeiten und sollen diejenigen derselben, die keine Arbeit finden, von dem Staate, dem sie angehören, unterstützt werden.

Bestritten wurde ferner, vom Bundesrat zu verlangen, daß er die Handelsbeziehungen mit Rußland unerschütterlich wieder aufnimmt.

Der wahrhaft demokratische Geist.

Der Augustinusbund, die Vertretung der Zentrumspresse, hat in einer Verlesung in Düsseldorf gefordert, daß das Zentrum im Sommer 1919 einen Reichsparteitag abhalten solle. Es sollen dort neben unanfechtbaren Fragen behandelt werden: a) Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, b) Sozialisierung, c) Stützensystem. In diesem Vorlesung sollen eingeladen werden die Fraktionsvorsitzenden, die ersten Vorsitzenden der Landes- und Wahlkreisvereine und die leitenden Mitglieder, die zugehörigen Abgeordneten des Reichs und der Gliedstaaten, sowie die Vertreter der Zentrumspresse.

Die „Germania“ begrüßt diesen Vorschlag mit demselben Begeisterung. Bei voller Anerkennung des wahrhaft demokratischen Geistes, der von jeder in der Zentrumspartei und ihrer Politik gewaltet hat, daß doch nicht verschleiert werden, daß der frühere Aufbau der Partei einen etwas hierarchischen Charakter trägt, der einer politischen Volkspartei von heute nicht mehr recht zu Gesicht stehen will.

Wenn eine Partei ein unmodernes Gebilde ist, so ist es das Zentrum. Die Politik wird dort nur von den Führern gemacht, die sich durch Gehort oder ihre soziale Stellung dazu erheben können, die Massen haben gar nichts zu sagen. In den Südburgern des Zentrums hat diese Partei überhaupt keine Organisation, doch wird sie durch die Kirche ersetzt, und der Kaplan besorgt ihre Geschäfte. Nur wo das Zentrum die sozialdemokratische Unterstützung der Arbeitermassen zu fürchten hat, da hat es sich Organisationen geschaffen, in denen aber gleichfalls von irgendwelcher Demokratie nichts zu hören ist. Es ist also nichts weiter als ein Bild, wenn die „Germania“ den „wahrhaft demokratischen Geist“ des Zentrums rühmt.

Die Welt haben und Temperament... Dinge, die der Bürger nun einmal nur als Beleidigung auffassen kann. Was aber Sinn für die Lustigkeit des Zirkus hat, bewahrt hat, der kann nur seine heilige Freude an diesen freudvollen Einfällen haben.

Der Bürger nicht Kunst immer an der Vergangenheit. Künstler scheint mir das Gegenteil; sie für die Zukunft zu wachen. Die Kunst ist etwas Bewundern. Warst, wie wir hoffen, auf und eine große einhellige Kunst, welche ruht auf dem einheitlich empfindenden Volk, das alle Massen und Klassen ablesen hat, dann wird sie uns Werke schaffen, die alles Lebendige enthalten, alles zwischen Himmel, Erde und Erde. Die göttlichen Dome verberlichen poetisch das Heiligtum und alle die lassen sie in den geschlossenen Figuren der Kirchenwände alle Töne des Numori klingen. Die geschlossenen, oft unendlich somnischen und bescheiden Wasserpieper dürfen mandem bekannt sein. Und ähnlich wird das neue Werk wahrer Kunst, das wir uns in einer neuen, nichts Neues nachahmenden Form erschauen, alle Fähigkeiten einladen und es wird auch geschmückt sein von einer reichen Ornamentik.

Alles nun, was wir heute, weit, weit entfernt von jenem Ideal, in Ausstellungen sehen, ist immer nur ein Schwelgerei jenes Rommenden und H. Felds nur von jenem Gungen auf, das wir erschauen, zu würdigen. Nicht in die Vergangenheit dürfen wir blicken — die Zukunft gibt uns die Richtung.

Was uns die Studenberg, Groß, Topp, Vollschaff, Emma Höch, Mehring, Teotjen und Quastmann zeigen, wandelt nicht auf Bahnen der Tradition, fast alle sind sie ungenügend. Aber stellen wir uns doch einmal vor, sie alle hätten Schilleren gemacht oder Ate oder Landshausen! Was wäre in aller Welt damit gewonnen? Wir würden niemals weiter kommen — und wir wollen weiter!

Von welcher Erde aus man gehe diese hier vor? Studienberg zeigt die Wichtigkeit des Raumes. Er empfindet es, wie Kultur kommen wird, die Kunst — eigentlich gibt es nur eine — zu einem. Er baut. Topp in seinen Aquarellen reinigt die Farben, macht sie, die grau geworden waren in der Schule der Maler, wieder zu unmittelbaren Trägern des seelischen Ausdruck, Groß gerührt den alten Menschen. Sein Bild „Deutschland, ein Wintermärchen“ ist eine glänzende Satire auf die schillerne Gegenwart (das Bild wurde vor dem November gemalt). Hanna Höch und namentlich Felja Wolfschiff annehmen fabelhafte Ornamente. Wolfschiff ist geradezu prädestiniert die Sinne der Volkshauer zu wecken. Die Sinnlichkeit, Roman

Ein neues Werbemittel der Freikorps.

Der preussische Justizminister hat soeben verfügt, daß Referenten und Anwärter für den mittleren Justizdienst nach Erledigung des Vorbereitungsdienstes sowie Rechtskandidaten nach Erledigung des Anberufungsdienstes zur Kostrprüfung zugelassen werden können, wenn sie einer anerkannten freiwilligen, zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschutzes aufgestellten Truppe beigetreten sind. Die Wirksamkeit dieser Verfügung ist von der Ableistung eines mindestens sechsmonatigen Dienstes abhängig, doch sind besonders Ausnahmen für Teilnehmer an Kampfhandlungen wie auch für Verwundete usw. vorgesehen.

Nachdem die akademischen Jugend Deutschlands der Anteil in die Freiwilligenverbände etwas schamhaft gemacht werden. Da bei ihnen die gute Verpflegung und Löhnung kaum fehlen dürfte, verschafft man die Minderbegabten auf diese Weise die Möglichkeit, durch eine Kostrprüfung ihr Ziel zu erreichen. Die Vergünstigung für Teilnehmer an „Kampfhandlungen“ wird besonders anziehend wirken. Auch genießen ja die jungen Rechtskandidaten in diesen Vereinen die beste Vorbildung für ihr Rechts- und Wahrheitsempfinden.

Zur Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen.

In einer Note vom 21. April waren die Ministerien ersucht worden, schon jetzt ihre Zustimmung zu Vorbereitungen für eine reibungslose Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen in das besetzte und unbesetzte deutsche Gebiet zu geben. Es wurde damals deutscherseits vorgeschlagen, Interkommissionen für Kriegsgefangene am Sitz eines der Kommandanturen am Rhein sogleich in eine Besprechung der Frage einzutreten zu lassen.

In der Sitzung vom 30. April in Spaan teilten die Amerikaner in einer Note mit, daß zum Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand bereits alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen seien. Die deutsche Regierung brauche, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, lediglich den Bestimmungsort anzugeben.

Zum Fall Breuer.

Im dem Schreiben des Schlichterverbandes Deutscher Schriftsteller im Fall Breuer erhalten wir von Herrn Georg Davidson eine Zuschrift, in der er erklärt:

„Solange nicht durch eine unerblickte Untersuchung der Fall Breuer geklärt ist, kann ich für meine Person Herrn Breuer nicht als entlastet ansehen:

- 1. in Sachen Spießdienstantrag.
- 2. in Sachen Verhaftungsandrohung auf dem Rätelongweg.
- 3. in Sachen Denunziation des Kollegen Rösche.

Politische Nachrichten.

Die Arbeitzeit in den belgischen Bergwerken soll nach den Vorschlägen der Studienkommission ab 1. Juni 1919 8 1/2 und ab 1. Dezember 8 Stunden betragen. — Die belgischen Bergarbeiter werden sich wohl kaum damit zufrieden geben.

Eine wirtschaftliche Union zwischen Luxemburg und Belgien soll hergestellt werden. Belgien wird die Autonomie und Unabhängigkeit des Landes wahren. Die französische Regierung erklärt, daß die luxemburgische Frage sie nicht interessiert.

Kas der Partei.

Fortschritte der Partei am Niederrhein.

Auf dem in Elberfeld abgehaltenen Bezirksparteitag der Anhänglichen Sozialdemokratie des Niederrheins wurde folgende Beschlüsse gefasst: Die Partei soll sich in den nächsten Wochen 11 000 Mitglieder der Partei bei, die Reichstagswahlen besetzen nur 2000 Mitgl. Bei Beginn der Spaltung fand die Mehrzahl der Parteimitglieder auf unserem Boden. Die Hauptzweigungen wurden während des Krieges unserer Partei von den Sozialisten entwendet. Jetzt haben wir in diesem Bezirk die Volkzeitung in Düsseldorf, die „Vergilische Arbeiterstimme“ in Solingen, die „Volkstimme“ in Essen, die „Volkstimme“ in Remscheid und die „Volkstimme“ in Hagen. In den nächsten Wochen wird auch Essen eine eigene Zeitung bekommen.

Kunst und Kultur.

Über Sommet-Vergangenheit Kunst- und Kulturpolitik, worüber wir bereits aus eigener Quelle etwas berichtet haben, berichtet ein Sonderbericht der „Frankf. Ztg.“, daß die höhere Kultur, die dem Volke vermittelt werden soll, für den Augenblick hauptsächlich in der Form von Vereinstheater zum Theater erscheint, von denen 80 Prozent dem ausschließlichen Genuß des Proletariats vorbehalten sind. Die lange Reihe der vor den Theaterkassen anstehenden Menge beweist die Empfindlichkeit des Volkes für ästhetischen Genuß höherer Art um so mehr, als die herrschende Diktatur eifrig darüber wacht, daß dem Volke nur das Beste vorgeführt wird. Die Klassiker regieren im ganzen Bereich des Schauspielers, das außerdem noch von dem Gesichtspunkt der revolutionären Erziehung beherrscht ist. So haben wir Schiller mit „Rastlos und Liebe“ neben Shakespeare, Hofen, Grotz, Hauptmann, Heyermann auf dem Gebiet des Nationaltheaters. Das Reich gilt natürlich erst recht für das Kino, wo Konarthen, Krillstralen und andere in die Kategorie der Ausbeuter fallende Personen im übelsten Lichte erscheinen. Im ganzen aber ist zu sagen, daß Wubapst wohl noch niemals so vielen und unanfechtbaren Kunstgenuß hat wie heute, da ja die private Spekulation völlig ausgeschlossen ist und die sozialistischen Theater keine Rücksicht auf die Massenfrage zu nehmen haben.

Im Schutzwesen, wo grundsätzliche Reformen geplant

Durch die Sprungartige Entwicklung im westlichen Weltteil, wo die Arbeiter zu vielen Tausenden der U.S.A. zuflüchteten, war die Errichtung einer neuen Regierbarkeit mit dem Ziele in Frage erforderlich. Auch für das östliche Weltteil wurde eine neue Regierbarkeit errichtet. Die Weltgliederbewegung hat einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. 1917 hatten wir rund 10 000 Mitglieder, Anfang März 1919 waren es 30 000, inzwischen hat sich die Mitgliederzahl auf 37 000 gesteigert.

Soziales.

Kleidung für Landarbeiter.

Das Reichsberufungsamt hat im Einverständnis mit den anderen dabei beteiligten Reichsämtern angeordnet, daß sofort eine Notversorgung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, der Lohnarbeiter der Textilindustrie und solcher Arbeiterlosen, die in der Landwirtschaft Arbeit genommen haben, mit den nötigen Wäscheutensilien und Deden aus den vorhandenen Vorräten bestanden durchgeführt wird. Bei der Knappheit unserer Textilbestände kann es sich natürlich nur um Befriedigung der dringlichsten Anforderungen handeln. Die Notversorgung soll daher nur in dem Maße eintreten, daß durch den Mangel der genannten Gegenstände dringliche landwirtschaftliche Arbeiten verzögert zu werden drohen. Abgegeben werden im Höchstfalle je eine Dede und eine Garnitur Wäsche, bestehend aus Hemd, Weinscheidern und einem Paar Strümpfen. Als Preise hierfür sind angesetzt: 4 bis 10 M. für ein Hemd, 4,50 bis 8 M. für ein Weinscheidern, 3 bis 5 M. für ein Paar Strümpfe, 10 bis 18 M. für eine Dede.

Förderung des Wohnungsbaues.

Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat in einem Erlaß vom 4. d. M. angeordnet, daß auf die von Reich und Staat gewährten Darlehenszuschüsse auch bereits vor Fertigstellung der Bauten ratenweise Darlehenszahlungen gegeben werden können. Es soll dies in der Weise geschehen, daß nach erfolgter Kostenaufnahme ein Darlehen bis zur Höhe der Hälfte des Zuschusses gegeben werden kann, in Ausnahmefällen sollen noch vorhergehende Vergütigungen hinsichtlich der ratenweisen Zahlungen gewährt werden. Dieser Erlaß dürfte für die Gemeinden eine bedeutende Erleichterung der Finanzierung der Bauten darstellen und damit den Wohnungsbau erheblich fördern.

Gewerkschaftliches.

Schiedspruch betreffend Magistrats-Hilfskräfte.

Seitens des Schlichtungsausschusses ist ein Schiedspruch gefällt worden, in dem den Bureaukräften des Berliner Magistrats das Mitspracherecht in allen wirtschaftlichen und das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen zuerkannt wurde; insbesondere bezieht sich dies auf die Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen von Angestellten, auf die Forderung von Gehältern, Urlaubsbewilligungen und Beförderungen. Auch in der Frage des Wechsels wurde eine Regelung getroffen, nach der weibliche Hilfskräfte unter 18 Jahren ein Mindestgehalt von 225 M., Stenotypistinnen 305-375 M.; männliche Hilfskräfte 305-475 M. erhalten. Die Parteien haben sich innerhalb von 8 Tagen zu erklären, ob sie dem Schiedspruch zustimmen.

Die Hilfskräfte des Magistrats Berlin werden vom „Jahner-Ausschuß“ für Sonntag, den 4. Mai, vormittags 10 Uhr, zu einer Massenversammlung im Sportplatz eingeladen. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß und Entschcheidung.

Generalversammlung der Holzarbeiter.

Am 30. April tagte die „ordentliche Generalversammlung“ der Holzarbeiter. Sie beschäftigte sich mit der bekannten Resolution, dem Bericht der Verwaltung und mit der Neuwahl der Verwaltung und Angestellten. Kollege Glode berichtete kurz über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern sowie die Durchführung der zentralen Jugendämter in Grotz-Berlin. Danach haben die Arbeitgeber in einer, am 20. April stattgefundenen gemeinsamen Versammlung nahezu einstimmig eine Resolution angenommen, die besagt: „Die durch die zentrale Abmachung für Berlin zugesprochenen 40 Pf. ab 1. April und 10 Pf. ab 1. Mai zählende 26 Pf. pro Stunde liegen im Bereich der Möglichkeit. Die Arbeitgeberverwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen fortzusetzen.“ Die Generalversammlung stellte sich auf den Stand-

punkt, daß ein Verhandeln hier nicht mehr am Platze sei. Erst haben die Arbeitgeber örtliche Verhandlungen in die Länge zu ziehen gewußt und sich dabei auf bestehende zentrale Verhandlungen berufen, deren Ergebnis für sie ausfallend sei. Jetzt wieder sabotiert man diese Abmachung. Es wurde beschlossen, der Gesamtberufungsamt-Verammlung, die am 2. Mai stattfinden soll, zu empfehlen: „Die Forderung der Arbeitgeber ist mit der Erklärung des allgemeinen Streiks für Montag, den 6. Mai, zu beantworten. Die Befreiung der Streiklinge ist mit aller Forderung zu erheben.“ Ferner wurde beschlossen, die Streikunterstützung um 100 Pf. zu erhöhen. Die Mehrbelastung trägt ein Fonds, zu dem jedes arbeitende Mitglied 1 M. pro Woche beisteuern soll. Die Generalversammlung nahm ferner eine Resolution an, die sich energisch für Erhöhung der kommunalen Erwerbslosenunterstützung ausspricht. Den Jahresbericht der Verwaltung gibt Kollege Glode. Er brachte im wesentlichen, was der gedruckt vorliegende Bericht enthält. Zum Schluß betonte Glode, daß die in der Versammlung vom 21. 3. angenommene Resolution hinsichtlich der Entlastung der Verwaltung habe nicht in Wort und Schrift die Kommissionsmitglieder unterstützt. Ihre Tätigkeit war eine nicht vermittelnde. Mit ruhigem Gemüße könne er sagen: es ist reif gearbeitet worden im Rahmen der Generalversammlungsbeschlüsse. Kollege Glode betonte kurz die Wichtigkeit der Resolution. Die Kommissare treffen die engere Verwaltung, die die Generalversammlung wählt. Wie habe diese protestiert gegen die Diktatorische Weise der „Holzarbeiter-Vereinigung“ und die der Generalkommission. Stillschweigend sorgte die Verwaltung für Verbreitung derer Erzeugnisse, obwohl die Mittel zur Verfügung standen, dagegen aufzutreten. Das ist ein Verstoß gegen die demokratische und faire Weise. Götten die Gewerkschaft, Inspektoren und Leitungen nicht so hoch und propagierend die Kriegspolizei verbreiten, läßt wir die heutigen Differenzen in den Gewerkschaften nicht. Kollege Glode ist so radikal, daß er sogar für die Erhaltung des Belagerungszustandes gestimmt habe. — Glode sprach nochmals für die Verwaltung, betont, daß sie auf nie etwas gegen die Opposition getan habe. Die politische Durchhalterbewegung bedeute nicht Verfall in bezug gewerkschaftlichen Tuns. Bei Abkündigung über Befreiung des Belagerungszustandes habe er den Sitzungssaal verlassen.

Die Beschlüsse gegen 8 Stimmen eine Resolution zur Annahme, die fordert: „Aufhebung des Belagerungszustandes, Auflösung der Freiwilligenverbände, Freilassung der politischen Inhaftierten und ein Rechtsgemeinschaften mit den Angehörigen der Kollege.“ — Der Bericht der erweiterten Ortsverwaltung: die Verwaltung und die Angestellten haben sich zur Wahl zu stellen, tritt die Generalversammlung bei. — Es wird zunächst über die Mitglieder der engeren Verwaltung entschieden durch Stimmzettelwahl. Mit großer Mehrheit wurden der Kassierer Plebe ausgenommen, neue Kollegen gewählt. Plebe wird im Gegenstand nicht aufgeführt werden.

Als 1. Wahlmännlicher wurde Karl Siegel mit 476 Stimmen gewählt. Glode (bisher 3.) erhielt 308 Stimmen. 2. Vorschlagsmännlicher Max Birkel 411 Stimmen, Glode (bisher 2.) 197 Stimmen. Mit ähnlichem Stimmverhältnis treten auch die anderen Wahlresultate hervor. 2. Kassierer wurde Wagenführer (bisher Langhammer). Obmann der Schlichtungskommission Karl Boje (bisher Max). 1. Schlichter Hennig, 2. Plebe. Das Ergebnis der Wahl als Helfer und als Mitwirkende lag bei Schluß der Versammlung noch nicht vor. — Ein Antrag wurde beschlossen, per Affirmation über die angelegten Kollegen einzeln abzustimmen. Wenn die Versammlung ablehnt, der hat diese Klage als Kündigung entgegenzunehmen. Die Wahl des Kollegen Schreiber wurde ausgesetzt, da der selbe 3. H. sich in Gefangenschaft befindet. Bis auf den Kreisstellen Aussch. der Jugend ist, wurden sämtliche Angelegten nicht wiedergewählt.

Zum Streik in der Herrenwäschbranche.

In den Sophienhöfen nahm am Mittwoch eine überfüllte Versammlung der Streikenden den Situationsbericht nach dem Kollegen Hagen vor, der die Lage als äußerst günstig bezeichnete. Auch die Streikenden stimmten sich mit dem Streikenden solidarisch.

Dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Herrenwäscher „Hofmeister“, Herrn Witz, ist bei der Verhandlung ein Schreiben eingegangen, in dem sich die Unternehmer zur Fortsetzung der Verhandlungen auf Grund der gestellten Forderung absetzender Wäsche ausgedrückt haben. In einer Aufseherung der Wäsche in allen Abteilungen seien sie geneigt. Die Unternehmer begründen ihren absetzenden Standpunkt damit, daß sie bei Wäscheabsetzern keine Kalkulationsbasis hätten, dabei ist bei den absetzenden Wäsche die Kalkulation schwerer möglich als bei festen Wäscheabsetzern. Nach einer lebhaften Diskussion, in der sich alle Redner und Rednerinnen einmütig gegen das Absetzsystem und für konsequente Durchsetzung des Streiks erklärten, fand eine entsprechende Resolution einstimmige Annahme.

Die Prostitution ist das Thema eines sehr im Rahmen vorgeführten sozialhygienischen Filmwerkes, das Richard Oswald unter Mithilfe des bekannten Spezialarztes Dr. Magnus Hirschfeld verfaßt hat. Man braucht von dieser im Auge neuerdings stehenden Art sozialwissenschaftlicher Aufklärung über sozialehygienische Fragen sich nicht allzuviel zu versprechen und manches könnte auch auf der Reinwand künstlerisch einwandfreier und dennoch aufreißender sein. Immerhin ist das Spiel der darstellenden Künstler (in den Hauptrollen besonders Conrad Weiß, Gustav Holt, Anita Berger) zu loben, und die Grundtendenz zu billigen, die sich im Urteil ausdrückt: „Die Prostitution wird freigegeben, denn die ganze menschliche Gesellschaft ist mitschuldig. Wir wollen helfen, die Not lindern und menschlichere Gesetze schaffen, denn wir haben kein Recht hier zu richten.“

Die Mitglieder des Cyren- und Schauspielhauses versammelten sich gestern unter Vorsitz ihres Angelegenheitsausschusses im Schauspielhaus mit Einschluß des technischen Personals, um über einen von dem Publikum ausgehenden Verfassungskonflikt zu beraten. Der Entwurf, der die Trennung der Leitung beider Anstalten vorsieht, genügt die Rechte und Pflichten des Direktors und des Angelegenheitsausschusses in allen künstlerischen und wirtschaftlichen Fragen genau ab. Die Wahl des Direktors soll durch das künstlerische Personal geschehen, wobei dem technischen Personal ein Einspruchsrecht hiergegen zugesprochen werden soll. Bei Neuanstellungen, Kündigungen sowie bei der Auflösung des Schauspielhauses und des Haushaltungshauses ist eine Mitwirkung des Angelegenheitsausschusses vorgesehen. Der Entwurf wurde von der Versammlung einstimmig angenommen; er soll nunmehr dem Ministerium vorgelegt werden.

Im Lessing-Theater wird als nächste Erbauung Hermann Essigs Tragödie „Der stille Wald“ vorberichtet, die während des Krieges von der Zensur verboten war.

Eubold Cardt spricht morgen, Sonntag, 7 1/2 Uhr, Westfalen, erste und weitere Vorträge und Großes von Voerde bei Bonn und Schlußvortrag.

Über den „Zweiten Kunstschub im Riege“ haben auf Veranstaltung des Bundes deutscher Gelehrter und Künstler am Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Künstlerhaus“, Bellevuestraße 3, die Herren Demmer, Caborn, Graulow und Clemen einen Vortrag mit Lichtbildern. Der Vortragabend ist eine Fortsetzung der neulichen Kundgebung gegen den „Kunstschub als Riegeschickel“ in der Akademie der Künste.

Die Prostitution ist das Thema eines sehr im Rahmen vorgeführten sozialhygienischen Filmwerkes, das Richard Oswald unter Mithilfe des bekannten Spezialarztes Dr. Magnus Hirschfeld verfaßt hat. Man braucht von dieser im Auge neuerdings stehenden Art sozialwissenschaftlicher Aufklärung über sozialehygienische Fragen sich nicht allzuviel zu versprechen und manches könnte auch auf der Reinwand künstlerisch einwandfreier und dennoch aufreißender sein. Immerhin ist das Spiel der darstellenden Künstler (in den Hauptrollen besonders Conrad Weiß, Gustav Holt, Anita Berger) zu loben, und die Grundtendenz zu billigen, die sich im Urteil ausdrückt: „Die Prostitution wird freigegeben, denn die ganze menschliche Gesellschaft ist mitschuldig. Wir wollen helfen, die Not lindern und menschlichere Gesetze schaffen, denn wir haben kein Recht hier zu richten.“

Die Prostitution ist das Thema eines sehr im Rahmen vorgeführten sozialhygienischen Filmwerkes, das Richard Oswald unter Mithilfe des bekannten Spezialarztes Dr. Magnus Hirschfeld verfaßt hat. Man braucht von dieser im Auge neuerdings stehenden Art sozialwissenschaftlicher Aufklärung über sozialehygienische Fragen sich nicht allzuviel zu versprechen und manches könnte auch auf der Reinwand künstlerisch einwandfreier und dennoch aufreißender sein. Immerhin ist das Spiel der darstellenden Künstler (in den Hauptrollen besonders Conrad Weiß, Gustav Holt, Anita Berger) zu loben, und die Grundtendenz zu billigen, die sich im Urteil ausdrückt: „Die Prostitution wird freigegeben, denn die ganze menschliche Gesellschaft ist mitschuldig. Wir wollen helfen, die Not lindern und menschlichere Gesetze schaffen, denn wir haben kein Recht hier zu richten.“

Wo die Liebe hinfällt... heißt ein „neuer“ Schwanz, von Eugen Burg und Otto Harting, mit dem die Sommerdirection des Theater des Westens seinen aufwartet. Es war wirklich, freilich, dem Publikum kann man für seine Preise heute alles bieten und es hat sich noch Bedarf daran, aber die natürlich ausgedienten und idealisch breitgewaltigen Egenen mit dem Onkel aus Preußen, dem Vater vom Nordpol, der verführten ersten Ehefrau usw. usw. sind doch mit dreifähriger Anwesenheit in diesem Theater von vornherein zu teuer bezahlt. Am ehesten konnte man sich noch das Spiel der Komiker Hans Junkermann und Julius Falkenstein gefallen lassen, alle anderen bleiben gleichgültig und langweilig aber fielen auf die Nerven wie Richard Georg, der wie der alte Baudy trübselig auf der Bühne herumspolterte.

Der Angefallene von 10 M. pro Tag wurden mit dem Magistrat Verhandlungen über ein vorläufiges Abkommen angestrebt. Die Forderung der Angefallenen von 450 bis 600 M. im Monat für männliche und 350 bis 450 M. für weibliche Hilfsangehörige wurde abgelehnt. Der Magistrat legte nur eine Lohnserhöhung auf 12 M. täglich ab 1. Februar zu. Die endgültige Regelung soll erst später erfolgen und soll vorläufig nur ein Lohnzuschuss von 180 M. an männliche und 90 M. an weibliche Hilfsangehörige am Montag ausgegahlt werden. Die ursprünglichen Lohnforderungen sollen in einem Tarifvorschlag, der in Rüge eingereicht wird, erneut erhoben werden. Die Angefallenen nahmen hierzu in einer Versammlung Stellung und erklärten, daß der Magistrat durch den Hinweis auf die kommenden Tarifverhandlungen nur die endgültige Regelung der Lohnfrage verschleppen will. Daher beschloß sie einstimmig, das provisorische Abkommen abzulehnen und an den ursprünglichen Forderungen festzuhalten. Die vom Magistrat als Voranschlag zugesagten Sätze sollen nur als eine vorläufige Abschätzung angesehen werden. Der Magistrat wird aufgefordert, bis zum 8. Mai endgültig zu den Forderungen Stellung zu nehmen.

Der Ausschuss der Arbeitlosen hat folgenden Antrag an den Magistrat des Hauptauschusses der Gewerkschaften für Berlin gestellt: Auf Grund verschiedener Anträge in den Arbeitlosenversammlungen ersuchen wir den Hauptauschuss um Gewährung eines Unterstützungsbeitrages, um den Arbeitlosen den Einkauf der amerikanischen Lebensmittel zu ermöglichen. Die Freilegung der bisherigen Unterstützungsfrage erfolgte gemäß den Forderungen der Arbeitlosen, in Sonderheit gemäß den Forderungen der Lebensmittel. Erhöht sich jetzt die Lebensmittelration durch Zuweisung der amerikanischen Lebensmittel, so ist ein Unterstützungsbeitrag, der den Kosten der amerikanischen Lebensmittel entspricht, nur gerechtfertigt, zumal die Unterstützungsfrage am 1. April eine weitere Herabsetzung erfahren haben und selbst zur Deckung des notwendigen Lebensunterhaltes nicht mehr ausreichen. Wir beantragen ferner, einen solchen Unterstützungsbeitrag jedesmal einzutreten zu lassen, wenn ausländische Lebensmittel als besondere Zusendungen zur Verteilung gelangen.

Groß-Berlin.

Schöpslin rechtfertigt den Ueberfall.

Der Gouverneur von Berlin, Herr Schöpslin, verschiebt an die Presse eine Erklärung, durch die er den Ueberfall der Regierungstruppen auf das Depot 11 der Republikanischen Soldaten wehr zu rechtfertigen versucht. Er behauptet, die Mannschaften der Soldatenwehren hätten in letzter Zeit ihren Wachdienst nicht mehr ordnungsgemäß ausgeführt, außerdem soll sich ein harter Gesinnungsumschlag innerhalb der Wehr bemerkbar gemacht haben. Auch große Waffenvorräte seien in dem Depot angesammelt worden.

Das ist eine jämmerliche Rechtfertigung, die Herr Schöpslin losläßt. Die Gründe, die er zur Auflösung des Depots vorbringt, sind nicht stichhaltig. Es handelt sich bei der Auflösung ganz einfach darum, daß der betreffende Truppenteil die Erziehungsaufgaben der Revolution nicht ganz preisgeben wollte. Die selbstgewählten Führer und die freiwillig auferlegte Disziplin, der sich die Mannschaften unterwarfen, war den reaktionären Offizieren ein Dorn im Auge. Sie wollten die altpreußische Jucht in verschärfter Form wieder einführen. Bei den freiwilligen Formationen besteht dieses System wieder so fest wie je. Alle anderen Truppenteile, die sich diesem Geist der Anständigkeit und der unbedingten Unterordnung nicht unterwerfen wollten, werden beschliffen, es geht von allen Seiten eine Dege gegen sie ein und im gegebenen Augenblick treibt man sie auseinander.

Es ist es bisher in allen Teilen Preußens gewesen und auch bei der Auflösung der Republikanischen Soldatenwehren waren diese Maßnahmen maßgebend. Alles andere ist fauler Schwindel.

Freie Höchschule für Proletariat.

Beginn der Kurse für Jugendliche in der Nacht 18. Dienstag, den 8. Mai; Deutsch (Eisinger) 7 bis 8 Uhr abends; Mittwoch, den 9. Mai; Handelswissenschaft (Höndel) 7 bis 8 Uhr abends; Freitag, den 10. Mai; Wirtschaftsgeschichte (Winkelmann) 7 bis 8 Uhr abends; Sonnabend, den 11. Mai; Mathematik (Waringer) 7 bis 8 Uhr abends.

Der Sturm auf das Richtberger Postgebäude. Die Erklärung des Postgebäudes in der Magdalenenstraße spielte gestern in einer Verhandlung vor dem außerordentlichen Kriegsgericht III eine Rolle. Angeklagt war der siebenjährige Arbeiter Georg Schröder, der vor der Erklärung des Postgebäudes ein gegen das Gebäude gerichtetes Maschinengewehr bedient haben soll. Ferner legte ihm die Anklage die Bedienung eines Flammenwerfers und Beteiligung an dem Sturm auf das Postgerichtspräsidium zur Last. Der Angeklagte bestritt jegliche Betätigung am Kampfe, er sei nicht Soldat gewesen und kann mit keiner Waffe umgehen. Ein sechsundzwanzigjähriger Zeuge will den Angefallenen bei der

Bedienung eines Maschinengewehres gesehen haben. Trotzdem nennt er andere Zeugen, darunter ein Leutnant und ein Unteroffizier des Besatzung des Postgebäudes bezeugen, an der bezeichneten Stelle kein Maschinengewehr gesehen zu haben. Hält der erste Zeuge einen Irrtum für ausgeschlossen. Seine früheren Behauptungen, daß der Angefallene beim Sturm auf das Postgerichtspräsidium beteiligt war und auch einen Flammenwerfer bedient hat, nimmt der Zeuge zurück und erklärt sie für einen Irrtum. Der Anklagevertreter hielt die Aussage des einen Zeugen für allein maßgebend und beantragte fünf Jahre Gefängnis.

Der Verteidiger wies darauf hin, daß sich der noch jugendliche Zeuge irren muß; denn die neun Zeugen sagen übereinstimmend aus, es habe sich an der betreffenden Stelle kein Maschinengewehr befunden. Die militärischen Führer der Regierungstruppen hätten das Maschinengewehr sicher bemerken müssen. Wenn der Zeuge sich in den anderen Fällen geirrt hat, dann wird wohl auch in diesem Fall ein Irrtum vorliegen. Er beantragte die Freisprechung des Angefallenen.

Das Gericht verurteilte den Angefallenen zu einem Jahr Gefängnis, weil er nach der Aussage des Zeugen ein Maschinengewehr der Aufständigen bedient hat, das an der fraglichen Stelle vielleicht nur kurze Zeit aufgestellt war.

Dieses Urteil widerspricht jedem Rechtsgefühl; denn wenn das Gericht die Aussagen von neun älteren Leuten einfach beiseite schiebt, und auf Grund der Angaben eines jungen Menschen einen Jugendlichen ins Gefängnis setzt, dann kann es seinen Anspruch auf Objektivität mehr machen. Der Angefallene hätte in diesem Fall zum mindesten auf Grund eines „non liquet“ freigesprochen werden müssen.

Kurse für die Arbeiterkräfte, Betriebsräte, Funktionäre, Kochstraße 18. Montag, den 8. Mai 1919 Deutsch 7-8; Montag, den 8. Mai 1919 Russisch (Anfänger) 7-9; Dienstag, den 9. Mai 1919 Elektrische Werke 7-9 im Volksgarten; Mittwoch, den 10. Mai 1919 Wirtschaftsgeographie für die Teilnehmer am Kurs für Großmaschinenbau 7-8½ (Engelbert Graf). Dasselbe f. Teilnehmer an den Kursen f. Physik u. Chemie (Winkelmann) 7-8½. Donnerstag, den 11. Mai 1919 Rechtslehre 7-9, Fabrikführung 7-9, nachmittags 8-10½ Wirtschaftsgeographie für die Teilnehmer aus der Reichsdruckerei, Freitag, den 12. Mai 1919 Groß-Maschinenbau 7-9. Sonnabend, den 13. Mai 1919 Englische 7-8 Turmstraße 19; Englisch (Anfänger) 7-9. Anmeldung zu den Kursen findet im Volksgarten Zimmer 14 oder für die Arbeiterkurse gegen Ausweis in den Kursen selbst. Volksgarten, J. A. Baumgarten - Freie Höchschule für Proletariat: Hoyer, Schwab.

Die akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter beginnen Donnerstag, den 8. Mai, ihre Arbeit in deutscher Rechtschreibung und Grammatik, Aufsätze, Literatur, Rechnen, Geschichte, Naturkunde und Staatskunde. Jeder Kurs einmal wöchentlich abends von 8-10 Uhr, kostet für das Halbjahr 1 M. Es werden Männer und Frauen über 18 Jahre unterrichtet. Anmeldungen im Unterrichtsbüro Riesenstraße 12 am Sonnabend, den 8. Mai, 8-10 Uhr abends.

Freigabe des Parades Bellevue. Genosse Dr. Kurt Rosenfeld stellt an die preußische Regierung folgende Frage: „Der Park des Schlosses Bellevue ist seit einigen Jahren dem Publikum nicht mehr zugänglich. Früher war er für die Allgemeinheit geöffnet. Was denkt die Regierung zu tun, um der Bevölkerung Berlins schleunigst die Benutzung des Parks Bellevue wieder zu ermöglichen?“

Anfragen in Demobilisationsangelegenheiten müssen in Zukunft, soweit es sich um Groß-Berliner Betriebe ufm. handelt, an den Demobilisations-Ausschuss Groß-Berlin, Rathaus, Königliche Straße; sonst in die Provinz Brandenburg in Frage kommen, an die Demobilisations-Kommissionen Potsdam begg. Bonnfurt a. O. gerichtet werden. Ueber Fragen die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, gibt die Arbeits- und Beschwerde-Anstalt des Schlichtungs-Richters Groß-Berlin, Säulengasse 2, Rechtsabteilung, bei der täglich von 9-11 Sprechstunden ist.

Das Angebot und die Eisenbahnstellen. Die Reichsbank hat folgende Bestände an Zahlungsmitteln in Reichsmark von 1.-M. und einwärts angesammelt, daß sie zur Einlösung der umlaufenden Eisenbahnwechseln in diesen Größen ausreichen. Dabei sind die Eisenbahnstellen angewiesen worden, von jetzt ab die auf 1.-M. und darüber lautenden Eisenbahnwechseln nicht mehr in Zahlung zu nehmen. Die auf 50 Pf. und darunter lautenden Eisenbahnwechseln müssen bei dem fortbestehenden Mangel an entsprechenden Münzen noch in Verkehr belassen werden; sie werden von den Eisenbahnstellen auch weiterhin in Zahlung genommen.

Triest-Sternwart. Öffentliche, gemeinverständliche Vorträge: Sonnabend, 8. Mai, 5 Uhr: Das bairische Hochland und die Königschlösser (Filme); Sonntag, 9. Mai, 8 Uhr: Bedeutung des Alms für Österreich und Tugend (Filme); Neuer Vortrag von Dr. Dr. Archenholz; 5 Uhr: Bilder aus dem Berg- und Jenseits (Filme); 7 Uhr: Japan, Land und Leute (Vorträge und Filme); Dienstag, 10. Mai, 7 Uhr: Entsetzen und Vergehen der Erde (Vorträge und Filme). Die Schule für Roffschneiderei wird während des Sommerhalbjahres von der Kriegsbeschädigten-Versicherung der Stadt

Beck's unterhalten. Kriegsbeschädigte dieser Art, die noch unter den Folgen der Hirnverletzung zu leiden haben und glauben, sich ihnen ein sorgfältiger Einzelunterricht helfen könne, finden jederzeit unentgeltlich Aufnahme. Anmeldungen: Montag und Dienstag von 5-8 Uhr, Bergstr. 68.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Bezirk Nord-Ost. Freitag, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung; wichtige Tagesordnung. Mitgliedskarte ist kostenlos.

Lebensmittellieferanten.

Berlin. Die Dienststunden für die Brotkommissionen sind vom 2. Mai ab an den Werktagen auf die Zeit von 9-4 Uhr, an den Sonntagen auf die Zeit von 9-10 Uhr festgesetzt worden. **Kornmehl.** Lebensmittel, Nr. 24 der Lebensmittelkarte, 500 Gramm 1,40 M., Nr. 24 der Lebensmittelkarte, 100 Gramm 14 Pf., Nr. 19 der Lebensmittelkarte, Dörrenmehl (Karotten): 200 Gramm 1 M., Nr. 51 der Lebensmittelkarte, Kaffeebohnen: 200 Gramm 1 M., Nr. 52 der Lebensmittelkarte, Amerikanisches Weizenmehl: 250 Gramm 1,10 M., 0,1 der Weizenmehlkarte oder 500 Gramm dieses Weizenmehl zu 22 Pf.

Strolach. Am Sonnabend, den 10. d. M., gelangen in den hiesigen Gemüsegeschäften auf Abschnitt H der Straßburger Straße 200 Gramm gesalzener Rohkohl zum Preis von 20 Pf. zum Verkauf. Die Abschnitte sind bis Mittwoch, den 7. Mai, während der üblichen Geschäftsstunden in denjenigen Gemüsegeschäften abzugeben, von denen die Entnahme des Rohkohls lenkbar ist.

Strolach. Am Sonnabend, den 10. d. M., gelangen in den hiesigen Gemüsegeschäften zum Verkauf: a) auf Abschnitt H der Lebensmittelkarte 200 Gramm Rohkohl, b) auf die Abschnitte 108, 1 und 2 der Lebensmittelkarte zusammen 750 Gramm Karnele. Die Abschnitte sind bis Mittwoch, den 7. Mai, während der üblichen Geschäftsstunden in denjenigen Gemüsegeschäften abzugeben, von denen die Entnahme der Waren beabsichtigt wird.

Strolach. Mit Rücksicht auf die Milchknappheit wird in der nächsten Woche für jedes Kind bis zum vollendeten 6. Lebensjahr in den hiesigen Milchgeschäften eine Büchse kondensierter Milch zum Preis von 2,50 M. abgegeben.

Aus den Organisationen.

Ependau. Am Montag, den 5. Mai, abends 7 Uhr, findet in sämtlichen Bezirken ein Johannisfest statt. Bezirk 1: bei Seibel, Köpenicker Straße 4; Bezirk 2: bei Sperling, Köpenicker Straße 7; Bezirk 3: bei Seibel, Köpenicker Straße 7; Bezirk 4: bei Seibel, Köpenicker Straße 21; Bezirk 5: bei Seibel, Köpenicker Straße 21; Bezirk 6: bei Seibel, Köpenicker Straße 74; Bezirk 7: bei Seibel, Köpenicker Straße 14; Bezirk 8: bei Seibel, Köpenicker Straße 5; Bezirk 9: bei Seibel, Köpenicker Straße 2; Bezirk 10: Otto, Köpenicker Straße 11 im Restaurant Waldhafer, Brunnenstraße. Eine Schilling-Verlosung. Heute abends 8½ Uhr Hauptverlosung im Lokal Lindenhof, Friedrichstr. 61. Alle Genossen müssen sich beteiligen. Ebenso ist es Pflicht eines jeden Genossen, morgen zu der Verlosung zu erscheinen.

Treptow-Tempelhof. U. S. V. D. Dienstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung im Lokal von Kubel, Berlin 12, Köpenicker Straße 7. Nach Bekehrung und nachmittags 1 Uhr Wannee (Hütelstraße) Start Mariannenplatz.

Wannee. Treffen der gesamten freien sozialistischen Jugend am Sonntag, Treffpunkt der Gruppe Frankfurter Vorposten 7 Uhr am Schillerpark Bahnhof. Eine Fruchtfolge. Vormittagswanderung durch den Grünwald. Mittags 12 Uhr allgemeiner Treffpunkt beim Allen Freund, Wannee.

Freie Jugend. Gruppe Olen. Treffpunkt zum Malteserhof, Sonntag, den 4. Mai, früh 7 Uhr, Schillerpark, Köpenicker Straße. Am Montag, den 5. Mai, findet im Jugendklub Köpenicker Straße 7, ein Jahresfest der freien Jugend statt. Beginn 7½ Uhr.

Amie und Sport.

Freie Turnerschaft Wilmersdorf-Schwabedorf eröffnet am Sonntag ihren Sport- und Spielplatz in der Wilmersdorfer Straße 10, 100m langer Straße, verbunden mit Kaminern. Am Sonntag, den 11. Mai, 10 Uhr, öffentliche Wettspiele. Nachmittags 3 Uhr Treffpunkt im Lokal, Ecke Badenseestraße. Abends 8 Uhr noch am Spielplatz, im selbstgeleiteten Wettspiel und Tennisspielen. Kommt die der Vereinsmutter. Die Arbeiterschaft wird gebeten, recht regen Teil daran zu nehmen.

Edingberg. Eine neue Kinderabteilung eröffnet bei Arbeiter-Turnverein in der Turnhalle bei der Turnhalle, Köpenicker Straße. Anfang 6 Uhr abends. Um 8 Uhr Arbeiter-Turnvereinversammlung bei Obit. Sonntag, 11. Mai, Turntag. Beginn 10 Uhr.

Turnvereine. „Nacht“. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr, öffentliche Wettspiele. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr, öffentliche Wettspiele. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr, öffentliche Wettspiele.

Freie Turnerschaft Tempelhofer Park. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Katinen auf dem Spielplatz Tempelhofer Park. Beginn 10 Uhr. (Öffentlich) Gäste willkommen.

Beleuchtungen.

Kontrollen. Sie können natürlich eine Obhutungsmaßnahme annehmen, aber was plan ist, daß noch den gegenwärtig geltenden Gesetzen in den geschädigten Zuständen ein Obhutungsmaßnahme gegeben wird.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Dielepp, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, e. G. m. b. H., Berlin. Druck bei: Lindenbrücker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schildhaus 10.

Drei arge Feinde.

Wicht. Rheumatismus und Gicht (Nicht) helfen sie. Sie fordern ihre Opfer ebenfalls rasant, wie es in alten Zeiten die Pestilenzien taten. Wicht. Rheumatismus und Gicht haben nicht nur die gleiche äußere Erscheinung (Schmerzen), sondern auch die gleiche innere, nämlich Vergiftung des Blutes durch zurückgehaltene Harnsäure. Die Harnsäure ist ein giftiger Abfallstoff, der übrig bleibt bei der Verwertung der Nährstoffe in Kraft und Wärme, genau so, wie beim Verbrennen der Steinkohle Schlacke übrig bleibt. Die Harnsäure muß regelmäßig aus dem Blute entfernt werden wie die Schlacke unter dem Dampfdruck, sonst tritt die Erkrankung ein. Die Harnsäure legt sich an bestimmten Stellen

fest und verursacht Entzündungserscheinungen, die je nach der Naturanlage der betreffenden Person und je nach den äußeren Umständen verschiedener Art sein können.

Die Harnsäure kann sich in Form fester Kristalle in den Gelenken und Sehnencheiden ablagern, wo sie schmerzhaft und beständige Reizung verursacht, und Abheilung verzögert. Später entstehen an diesen Stellen harte knorpelartige Anschwellungen, die sich zu dicken Verkapselungen der Gelenke ausbilden können.

Sie kann auch ohne Ablagerungen eine heftige Entzündung der Gelenke oder Muskeln verursachen und sich lebensgefährlich, wenn sie den Herzmuskel ergreift.

Sie kann endlich eine Entzündung großer Nervenstränge herbeiführen, die sich in neuralgischen Schmerzen des Gesichtes, des Kopfes, Kopfschmerzen, der Arme, besonders aber des großen Nerven (Nerven, Gicht) äußern.

Man benutze dagegen früher mit Vorliebe das Gift der Verdauung, welches ein Bestandteil der meisten alten „unehbaren“ Gichtmittel ist.

Während der Jahre Mittel benutze, ist durch dieselben für immer von seinen Schmerzen erlöst worden — durch den Tod, denn Vergiftungsstoffe waren nicht selten, und die Mittel wirkten auch nur vorübergehend.

Nach der später viel verordnete Salicylsäure ist nicht ungefährlich, dauernde Heilung bringt sie ebenfalls.

Große Geliebtheit im Volke genießen verschiedene Einreibungen und Pflaster, und es ist wahr, daß sie durch Anregung des Blutlaufes in dem erkrankten Körperteile die Entzündung vorübergehend heilenden können. Das nötig allerdings nicht dauernd, aber es kann die Schmerzen lindern. Ein gründliche Kur ist „Gichtmittel“ zur Entfernung der Harnsäure von zahlreichen Verätzen als gut erprobt worden.

Es enthält die Salze, welche eine Wirkung der verhältnismäßig feinsten ihre eine Wirkung veranlassen, in verklärter Form, alle Stoffe, welche die Wirkung abschwächen oder welche keine Wirkung haben, sind wegzulassen.

Dadurch wird eine sehr schnelle Wirkung und gründliche Entfernung der im Körper abgelagerten und im Blut vorhandenen Harnsäure erreicht, so daß es nötig ist, sich monatelang in einem Kurort aufzuhalten, große Mengen Mineralwasser zu trinken und strenge Diätvorschriften einzuhalten.

Das ist nicht nur unangenehm und bequem, sondern auch viel billiger.

Nun vertritt er selbst jeder, der danach schreibt, eine genügende Probe und eine Gebrauchsanweisung vollständig gratis vom Generaldepot: Victoria-Apothek, Berlin A. 20, Friedrichstraße 19.

Buchhändler! Speditoren! Zeitungshändler!
Am 7. Mai erscheint
„Die freie Welt“
Nr. 2.
Wochenschrift der Unabhängig. Sozialdemokratische Deutschlands.
Mit vielen Illustrationen von der Maiflor, zahlreichen Beiträgen, dem Roman usw.
Preis 20 Pfennig.
Wieviel Exemplare benötigen Sie? Geben Sie sofort Ihren Bedarf an!
Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Schildhausstr. 10.
Abteilung Buchhandel.

Zentralvorband der Zimmerer Deutschlands
Zahlst. Berlin a. Umgeb.
Nachruf.
Das Berufsgenosse
zur Nachricht, daß unser
Mitglied
Karl Gunther
am 29. April 1919 im
Südhospital, Krankenhaus
Nanköln, an
Bakow verstorben ist
Eure selbste Andenken!
Der Vorstand.

Botenfrauen
sucht sofort
Charlottenburg, Wall-
straße 10.
2 Frauen
zum Antrage der „Freiheit“
vert. Radda, Hohen-Schloß-
hansen, Berliner Str. 62.
Botenfrauen
stellt ein W. Bratt, 50. 36.
Pfeifferstraße 6.
KaReHo al waren Krank-
heit, sofort verkauft, Briten-
straße 34.
Friedrich aus, 1. 1. 1919
Linsingstr. 19.

Kantbahn, (erant. rein
schonmüde, gibt laufend in
großen und kleinen Posten ab
Kantbahnhaus II, Friedrich-
Palastrasse 29.
Moderne
Küchen v. 300 M. an.
Komplette
Schlafzimmer v. 1500 M. an
sowie Spiege- und Herd-
zimmer in großer Auswahl u.
in allen Preislagen einsehlich
Hötelhalle „Osten“
Alexandrastraße 14 b.
an der Schickestraße.

Halensee.
Vom 1. Mai ab wird die Zeitung in Halensee durch
traum unter Wilmersdorfer Spedition Desmet, Groppe-
straße 23, Loden, täglich 2 mal im Haus gebracht. Wir bitten
alle unsere Postabnehmer, ihre Adresse sofort mit einem
Karte dem Spediteur Desmet, Groppestraße 23, beizugeben
zugeben und für das kommende Monat nicht mehr zu
Post zu bestellen.
Verlag „Freiheit“, e. G. m. b. H.
Süden!
Die Spedition unserer Zeitung wird von der Spedition
Pinzel, Bückerstr. 7 (Restaurant) verlegt. Vom 1. Mai ab
sind Beschwerden, Wünsche u. Einstellungen dorthin zu richten.
Verlag „Freiheit“, e. G. m. b. H.